

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln

An  
Frau Oberbürgermeisterin  
Henriette Reker  
und  
Herrn Ausschussvorsitzenden  
Dirk Michel

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 18.02.2021

**AN/0310/2021**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Wirtschaftsausschuss	25.02.2021

**Planungssicherheit für Großmarkthändler und Ihre Beschäftigten oder Vorrang für Klientelpolitik?**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,  
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Michel,

wir bitten Sie freundlich um Aufnahme der nachfolgenden Anfrage in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 25.02.21:

Am 9.02.2021 berichtete die Kölnische Rundschau unter der Überschrift „Großmarkt gegen FC ausgespielt“ über einen möglichen ‚Kuhhandel‘ in den Bündnisverhandlungen von Grünen, CDU und Volt: „Die einfache Formel: Dem 1. FC Köln wird für sein Zentrum ausschließlich ein Gelände im Gewerbegebiet Marsdorf angeboten. Damit ist dort für eine Umsiedlung des Großmarktes kein Platz mehr.“

Wenige Tage zuvor hatten sich am 6.02.2021 die in der IG Großmarkt zusammengeschlossenen Händler erneut mit einem mahnenden Brief an die Fraktionen im Rat der Stadt Köln gewandt. Darin klagen sie über Betriebseinschränkungen nach den ersten Abrissen am Großmarktstandort in Raderthal und bringen nachdrücklich ihre Sorge zum Ausdruck, dass das Frischezentrum in Marsdorf nicht – wie vom Rat beschlossen und von der Verwaltung wiederholt zugesagt – rechtzeitig bis Ende 2023 fertiggestellt werden könne.

Der Umstand, dass der Umzug des Großmarktes und der Neubau des Frischezentrums im Arbeitsprogramm des Verwaltungsvorstandes vom 28. Januar 2021 mit keiner Silbe erwähnt

wird, hat diese Verunsicherung bei den rund 130 am Großmarkt ansässigen Unternehmen und ihren 1100 Beschäftigten noch vergrößert.

Aus Sicht der Fragesteller ist es – erst recht vor dem Hintergrund der pandemiebedingt zunehmenden Arbeitslosigkeit – wirtschaftspolitisch unverantwortlich und beschäftigungspolitisch unzumutbar, 71 umzugswilligen Betrieben, ihren Beschäftigten und deren Familien im Widerspruch zu geltenden Ratsbeschlüssen und zahlreichen Versicherungen eine derartige Hängepartie zuzumuten. Auch der stellvertretende IHK-Hauptgeschäftsführer Ulrich Soenius hat erneut aus Sicht der Kölner Wirtschaft eine zügige Umsetzung des Ratsbeschlusses angemahnt.

Nach den geltenden Beschlüssen des Rates ist die Verwaltung beauftragt, den Neubau des Frischezentrums planungsrechtlich vorzubereiten und bis Ende 2023 bezugsfertig zu realisieren.

In der vergangenen Wahlperiode des Rates hat die Verwaltung dies auf unterschiedliche Anfragen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD, wie auch von CDU und Bündnis90/Die Grünen bekräftigt. Zuletzt erklärte Herr Beigeordneter Greitemann am 16.06.2020 auf Nachfrage des Vertreters der LINKEN im Wirtschaftsausschuss zur Erläuterung des als Anlage 1 zur Vorlage 1516/2020 nachgereichten Zeitstrahls, „die Offenlage (eines Bebauungsplanes) in der zweiten Jahreshälfte 2021 und der Satzungsbeschluss in 2022 (sei) ein zwar hochgesetztes Ziel, aber dennoch machbare Ziele.“ (Niederschrift der Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses vom 16.06.2020).

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum wurde trotz eindeutiger Ratsbeschlüsse der Großmarkt bzw. der Neubau eines Frischezentrums nicht in das Arbeitsprogramm des Verwaltungsvorstandes für 2021 aufgenommen und was bedeutet dies für die Fertigstellung des Neubaus eines Frischezentrums zum angekündigten Datum Ende 2023?
2. Kann die Verwaltung ausschließen, dass ein Zusammenhang zwischen dem von der Kölnischen Rundschau vermuteten „Kuhhandel“ der neuen Ratsmehrheit zu Lasten des Großmarktes einerseits und dem Verzicht auf die Aufnahme des Neubaus eines Frischezentrums in das Arbeitsprogramm des Stadtvorstandes andererseits besteht, und wie begründet sie ihre Haltung?
3. Hat der von der Verwaltung als Anlage 1 zur Vorlage 1516/2020 vorgelegte Zeitstrahl zur fristgerechten Realisierung des Neubaus eines Frischemarktes in Marsdorf bis

Ende 2023 weiterhin Gültigkeit und welche nächsten Realisierungsschritte plant die Verwaltung bis zu welchem Zeitpunkt?

4. Welche Fortschritte wurden seit Juni 2020 im Workshop-Verfahren mit den Großmarkthändlern erreicht und welche Schritte wird die Verwaltung unternehmen, um einen rechtzeitigen Abschluss dieser Gespräche zu ermöglichen?
5. Hält die Verwaltung einen nahtlosen Übergang der bisher am Großmarkt ansässigen Händler in den Neubau des Frischezentrums zur für Ende 2023 geplanten Aufgabe des bisherigen Großmarktstandortes in Raderthal weiterhin für möglich?

Wir bitten, die Beantwortung der Anfrage auch dem Stadtentwicklungsausschuss zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Mike Homann  
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez.

Michael Weisenstein  
Fraktionsgeschäftsführer DIE LINKE